

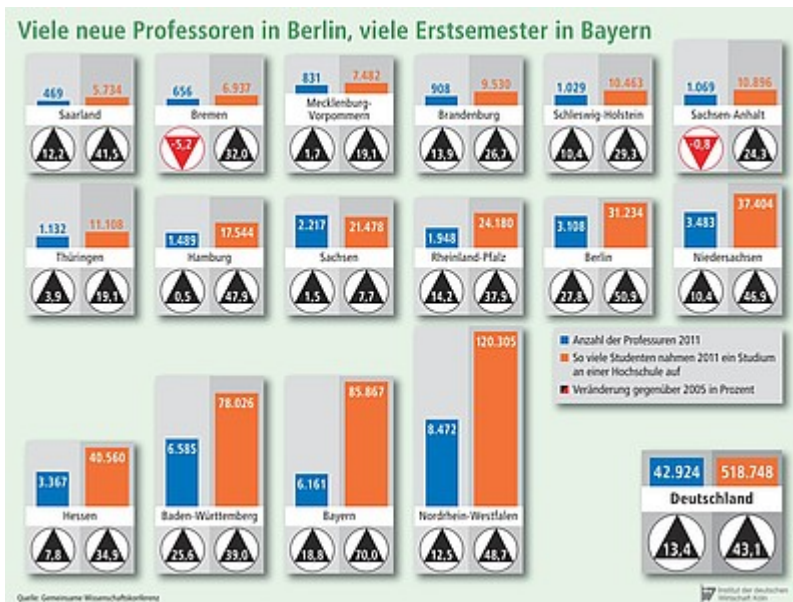
Hochschulpakt | 18.07.2013 | Lesezeit 3 Min.

Hype an den Hochschulen

Weil die Bundesländer den dringend nötigen Ausbau der Hochschulen allein nicht stemmen können, engagiert sich auch der Bund. Zwar ist der Bundesbildungsministerin eine dauerhafte Finanzierung und Förderung der FHs und Unis untersagt. Doch es gibt eine Ausnahme: Gestattet sind zeitlich und thematisch begrenzte Projekte. Eines davon ist der Hochschulpakt, mit dem vor allem zusätzliche Studienplätze geschaffen werden sollen.

Bildung ist für viele das neue Statussymbol und der akademische Abschluss das i-Tüpfelchen auf der gelungenen Schul- und Studienkarriere. Seit 2007 strömen besonders viele junge Leute an die Hochschulen, was auch an den geburtenstarken und doppelten Abiturientenjahrgängen liegt. Die Aussetzung der Wehrpflicht hat den Studienhype zusätzlich angeheizt (Grafik):

Exakt 518.748 Erstsemester schrieben sich 2011 an einer deutschen Fachhochschule oder Uni ein - so viele wie noch nie.



Erstmals begann damit über die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium.

Im Jahr 2012 ist die Zahl der Studienanfänger zwar auf 493.000 geschrumpft, doch dies lag vor allem daran, dass nicht ganz so viele doppelte Abiturientenjahrgänge die Gymnasien verließen wie im Jahr davor. Der Run auf die Hochschulen dürfte jedenfalls so schnell nicht abebben: Die hohe Nachfrage nach Studienplätzen wird noch mehr als ein Jahrzehnt anhalten. Bildungsforscher rechnen damit, dass sich die Zahl der Erstsemester erst 2025 wieder der 400.000er-Marke nähert.

Um den Ansturm zu bewältigen, haben Bund und Länder deshalb bereits 2006 den Hochschulpakt beschlossen – eine bis 2020 befristete Verwaltungsvereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung zusätzlicher Studienplätze. Nötig ist dieses Konstrukt, weil dem Bund aufgrund der Föderalismusreform eine dauerhafte Finanzierung der Hochschulen untersagt ist, die Bundesländer allein aber den Ausbau nicht schaffen.

Für die erste Phase von 2007 bis 2010 stellte der Hochschulpakt Gelder für 91.000 zusätzliche Studienplätze bereit, wobei jeder Platz mit 22.000 Euro gefördert wurde. Tatsächlich schrieben sich zwischen 2007 und 2011 rund 340.000 zusätzliche Erstsemester ein, mehr als 35.000 allein in den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin).

Rund 60 Prozent der neuen Studienplätze entstanden an Fachhochschulen und auch etwa 60 Prozent der zusätzlichen Studienanfänger entschieden sich für diese Hochschulform.

In der Fächerwahl liegen die Ingenieurwissenschaften vorn: Mit einem Plus von fast

70 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 wuchs die zusätzliche Studienanfängerzahl bei den Informatikern, Maschinenbauern und Elektrotechnikern am stärksten. Auch für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften konnten sich über 40 Prozent mehr junge Leute begeistern.

Die Zahl der Lehrenden an den Hochschulen konnte allerdings angesichts der Studentenschwemme nicht überall mithalten:

Bundesweit wuchs die Zahl der hauptberuflichen Professoren und Dozenten zwischen 2005 und 2011 von 141.000 auf rund 179.000 – also um 27 Prozent. Die Zahl der Erstsemester stieg in diesem Zeitraum dagegen um 43 Prozent.

In der zweiten Phase des Hochschulpakts, die bis 2015 läuft, werden 624.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Der Bund stellt damit für die beiden ersten Phasen 10 Milliarden Euro für den Studienplatzausbau zur Verfügung, die Länder aufgrund einiger Sonderregelungen für Ostdeutschland und die Stadtstaaten 9 Milliarden Euro.

Die Planungen für die dritte Programmphase, die von 2016 bis 2020 dauert, starten im kommenden Jahr. Spätestens dann wird man sich auch mit dem Thema der Masterstudienplätze auseinandersetzen müssen. Bislang wird bei der Finanzierung angenommen, dass jeder zweite Bachelorabsolvent die Hochschule verlässt, um zu arbeiten. Tatsächlich gilt dies aber nur für die FH-Bachelors. An den Universitäten entscheidet sich nur knapp jeder vierte Bachelor für den Schritt in die Praxis, die meisten schließen ein Masterstudium an.

Um die gemeinsame Finanzierungsverantwortung für den Hochschulausbau dauerhaft zu verankern, sollte das Kooperationsverbot von Bund und Ländern gelockert werden – dafür müsste allerdings die Verfassung geändert werden. Denkbar ist auch, dass sich der Finanzierungsbeitrag des Bundes künftig an der Zahl der Absolventen orientiert – dies würde die Hochschulen animieren, sich noch mehr für die Qualität in der Lehre zu engagieren und die Zahl der Studienabbrecher weiter zu verringern.

Kernaussagen in Kürze:

- Weil die Bundesländer den dringend nötigen Ausbau der Hochschulen allein nicht stemmen können, engagiert sich auch der Bund - ein Projekt ist der Hochschulpakt.
- Exakt 518.748 Erstsemester schrieben sich 2011 an einer deutschen Fachhochschule oder Uni ein - so viele wie noch nie.
- Bundesweit wuchs die Zahl der hauptberuflichen Professoren und Dozenten zwischen 2005 und 2011 von 141.000 auf rund 179.000 - also um 27 Prozent.